

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Briefporto 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 halbpaltene Kolonellselbe oder deren Raum 1.90 Mk. bei Plankvorkauf 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 halbpaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellselbe 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721; Schluss der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Regierungsbildung verzögert.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das Zustandekommen der neuen Koalition im Reich wird, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erfährt, vor allem dadurch behindert, daß in der Frage der Steuerreform zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Einigung bisher nicht erzielt werden konnte. Die Sozialdemokratie hat sich nunmehr auf den Standpunkt gestellt, daß sie heute nicht in der Lage ist, eine endgültige Stellung zu den Forderungen der bürgerlichen Parteien einzunehmen. Die Folge wird voraussichtlich sein, daß nunmehr die Neubildung der Koalition verzögert wird. Da der Reichstag seine Verhandlungen heute abbricht, werden die Fraktionen, auch wenn die Sozialdemokratie nicht im Laufe der kommenden Wochen entscheidet, nicht mehr zu einer solchen Entscheidung Stellung nehmen können. Es ist also mit aller Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die Frage der Regierungsbildung im Reich auf spätere Zeit verschoben werden muß. Damit wird auch die Neubildung der preussischen Regierung zur Zeit nicht möglich sein, da die Deutsche Volkspartei, sowie das Zentrum und die Demokratie die Regelung der Frage in Preußen von einer gleichzeitigen Regelung im Reich abhängig machen.

Die Rede des Reichshanzlers und die Berliner Presse.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Berliner Morgenblätter geben heute die gestrigen Reichstagsreden wieder, ohne sie im einzelnen zu würdigen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung spricht von der gespannten Atmosphäre im Reichstag, während die Vossische Zeitung im Gegenteil findet, daß die Atmosphäre so offenkundig entspannt gewesen sei, daß die Redner Mühe gehabt hätten, beim Gegner die gewünschten Sturmfluten auszulösen. Die Freiheit sagt, daß der Reichstag immer mehr politischen Entscheidungen ausweiche und sich dafür rückwärtsgewandten Betrachtungen hingabe.

Die Antwort Verchenfelds.

München, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der gestrigen politischen Aussprache im bayrischen Landtag nahm auch Ministerpräsident Verchenfeld das Wort. Seine Rede unterschied sich schon von denen seines Vorgängers durch ihren freieren und offeneren Ton. Er ging zwar durch geschickte Wendungen um manchen heißen Punkt herum, aber wenn er seine gestern gegebenen Versprechungen einlösen wird, muß man von einer entscheidenden Aenderung sprechen. Er machte gegen die von den sozialistischen Parteien erhobenen Angriffe gegen die Mißstände in Polizei und Justiz Vorbehalte, erklärte sich aber entschieden für gleichmäßige Handhabung der Polizeigewalt nach allen Seiten und versprach nach Kräften in dieser Richtung zu wirken. Er wandte sich gegen die Politisierung der Justiz, sprach aber den bayrischen Richtern sein Vertrauen dahin aus, daß er die Ueberzeugung habe, daß sie sich freistellen werden von parteipolitischer Beeinflussung. Das gegen den Polizeipräsidenten Böhner schwebende Untersuchungsverfahren sei noch nicht abgeschlossen. Gegen den früheren stellvertretenden Landeshauptmann der Einwohnerwehr, Herrn Kanzler, sei wegen der Beschuldigung der Aufforderung zum Mord jetzt der Staatsanwalt in Bewegung gesetzt worden. Die Untersuchung gegen die Geheimbündler werde ohne jede Rücksichtnahme durchgeführt. Wenn in der Presse Beschuldigungen in dieser Frage erhoben werden, dann bitte er um Zurückhaltung des Materials, er werde sofort peinliche Untersuchungen veranlassen. Er wolle eine saubere Verwaltung haben, die keine Kritik zu fürchten brauche. Von der sozialistischen Weltanschauung trenne ihn eine scharfe Linie. Der materialistische Weltanschauung stelle er entgegen die sittlich-ethische Erneuerung des Volkes.

In der Debatte sprach u. a. Abgeordneter Gandorfer als Vertreter des linken Flügels vom bayrischen Bauernbund. Er richtete die schärfsten Angriffe gegen das zweite Reich in der Justiz unter dem System Rahr und verlangte wegen des gegen Böhner vorliegenden belastenden Materials, daß Böhner, da ja noch der Ausnahmezustand bestehe, sofort in Schutzhaft genommen werde. Böhner müsse zur Verantwortung gezogen werden und dürfe nicht in den Justizdienst zurückkehren.

Nach Schluß der Aussprache wurde ein im Ausschuß angenommener Antrag, der es dem pflichtmäßigen Ermessen der Regierung überläßt, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann der Ausnahmezustand aufgehoben werden solle, abgelehnt, und zwar mit allen gegen die Stimmen der bayrischen Mittelpartei,

Vor der Ratifikation des deutsch-amerikanischen Friedensvertrags.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wenn keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, wird der amerikanische Senat die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Japan am 17. Oktober ratifizieren. Nach der Vossischen Zeitung ist man allgemein davon überzeugt, daß die Opposition 33 Stimmen vereinigen muß, um den Vertrag abzulehnen. Die höchste Befehung der Opposition ist jedoch nur 25 Stimmen.

Deckung für Deutschlands nächste Zahlung?

Berlin, 1. Oktober. (TU.) Antlitzlich wird mitgeteilt: Im Verlauf der Sitzungen, die das Garantiekomitee während der drei ersten Tage der Woche mit den Vertretern der deutschen Regierung abhielt, hat das Komitee besonders die Regelung der von Deutschland am 15. November zu leistenden Zahlung geprüft. Diese Zahlung stellt die erste Quartalsrate der variablen Annuität dar, wonach der Betrag in Uebereinstimmung mit den Auszahlungssätzen jährlich festzusetzen ist. Die deutsche Regierung hat dem Komitee eine Schätzung des Wertes der Ausfuhr über das am 1. Mai beginnende Quartal mitgeteilt. Diese Belege bilden die Grundlage für die Festlegung des Betrages der Zahlung am 15. November. Das Komitee hat diese Ziffern vorläufig anerkannt. Sie werden noch den Gegenstand einer ins einzelne gehenden Nachprüfung und gegebenenfalls einer späteren Richtigstellung bilden. Falls die seit dem 1. Mai 1921 bereits gemachten und die bis Ende Oktober noch auszuführenden Sachleistungen sowie die Erträge der Abgaben veranschlagt werden, die in gewissen allierten Ländern auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von der deutschen Ausfuhr erhoben werden, so ergibt sich, daß die nächste Rate vom 15. November gedeckt ist, ohne daß es erforderlich wäre, zum Mittel neuer Darlehenszahlungen zu schreiten.

Wladiwostok von den Bolschewisten besetzt.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wladiwostok ist nach einer Meldung aus Riga von den Bolschewisten am 22. September besetzt worden. Die Zivilverwaltung übernehmen wieder die Kommissare Antonow und Zeitlin. Die Mitglieder der Regierung Merkulow befinden sich teilweise in den Händen der Bolschewiken, teilweise sind sie geflohen. Die Japaner verhalten sich ruhig.

Die westungarische Frage.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Budapest Regierung macht den etwas komischen Versuch, die Nachricht von der Selbständigkeitserklärung von Westungarn durch Stephan Friedrich zu demontieren. Sie läßt erklären, Stephan Friedrich sei in Budapest und in Westungarn von der Ausrufung der selbständigen westungarischen Republik nichts bekannt. Die Tatsache ist jedoch schon durch das Organ Friedrichs selbst offen ausgefallen. In Wien wurde die Nachricht mit großer Ruhe aufgenommen. In amtlichen Stellen wird erklärt, durch die neue Wendung werde an der Sachlage nichts geändert. Die österreichische Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, es sei Sache der Entente, in Westungarn Ordnung zu schaffen. In Ententekreisen wird das Vorgehen Friedrichs als scharfe Zuspitzung der Lage bezeichnet. Es wird ebenfalls erklärt, daß infolge der jüngsten Ereignisse die Bolschewistenkonferenz noch stärkere Maßnahmen als die Blockade Ungarns beschließen werde. Die ungarische Regierung sei verständigt worden, daß ein Verzicht Oesterreichs auf Oedenburg nicht diskutierbar sei.

Französische Waffen- und Munitionstransporte nach Rumänien.

Paris, 30. September. (NA.) Die Humanité meldet: Aus Marseille sind mehrere von französischen Reedern gemietete amerikanische Dampfer nach Galatz abgegangen. Der Dampfer Sieur Falls, der im Monat August den Hafen verließ, enthielt 4000 Kisten Geschosse und 400 Kisten Revolver-Gewehre. Der Dampfer Late Haresti enthielt 22 000 Kisten Geschosse und 600 Kisten diverse Waffen für Rumänien. Zwei andre Schiffe sind ebenfalls unter amerikanischer Flagge nach Galatz abgegangen. Um die Lieferung geheim zu halten, haben die Reeder im Einverständnis mit dem französischen Kriegsministerium ausländische Schiffe gemietet; die Seeleute werden ebenfalls, um die Discretion zu sichern, in Dollorwährung bezahlt.

Demonstration gegen die französische Kriegsindustrie.

Nantes, 1. Oktober. (TU.) Vor einer Fabrik in Nantes, in der Granaten hergestellt werden, hat Donnerstag Abend eine heftige kommunistische Demonstration stattgefunden. Die Demonstranten riefen: „Nieder mit dem Kriege!“ und wollten in die Fabrik eindringen, um die Arbeiter zu verhindern, an der Munitionsherstellung weiter zu arbeiten. Gendarmerteile mußten einschreiten, um die Ruhe wieder herzustellen.

Am Pranger.

Im deutschen Reichstag ist gestern ein Strafgericht über die Partei der Nordhege gehalten worden. Die Deutschnationalen, die Helfferich, Hergt und Westarp sahen auf der Anklagebank und sind vor dem Lande moralisch gestäubt worden. Mit der Freiheit, die diese Leute immer ausgezeichnet hat, haben sie sich den Anklage zu geben verweigert als nicht sie dieses Verdammungsurteil, die öffentliche Abstrafung nicht an. Aber ihre gezwungenes Lachen ihre gekünstelte Haltung, die zu verstehen geben sollte, daß sie die Strafe nicht schmerzten, die hageblüht auf sie herabhaufen, konnten die Angst des bösen Gewissens nicht verdecken.

Ihr Sprecher, der Nächstgegnern-Staatsmann Hergt, den die Blamage, die er sich durch seine prahlhansigen Prophezeiungen über die Unwirksamkeit der amerikanischen Kriegsbeteiligung zugezogen hat, nicht daran hindert, in dieser Partei eine Führersrolle innezuhaben, ist das Muster eines skrupellosen Klippschneiders. Die Mahnung aus diesem Munde: keine Fechterkunststücke! ist von grotesker Lächerlichkeit und abstoßender Heuchelei. Man tut bei Rede dieses Herrn, die die Beschläger der Nordhege, die die Schöpfer der Nordatmosphäre als harmlose Wiederwärtler hinstellte, zu viel Ehre an, wenn man sich ernsthaft mit seinen Ausführungen befassen würde. Sie ist in den nachfolgenden Reden genügend gebrandmarkt worden. Unser Genosse Dittmann und nach ihm Scheidemann haben mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Helfferich, Hergt und Westarp sich niemals von der Schuld an der Ermordung Erzbergers reinwaschen können. Und namentlich dem Herrn Helfferich, der den Geschmack hat, sich in dieser Situation als Märtyrer, als verfolgtes Unschuldslamm hinzustellen, ist mit aller Wünschenswerten Deutlichkeit gesagt worden, daß er das Rainmaß an der Stirn trägt, daß die persönliche Hege, die er gegen Erzberger geübt hat; jenes Meistertwort persönlicher Ehrabschneiderei, die Nordatmosphäre geschaffen hat, die die tödlichen Schüsse auf Erzberger auslöste. Es waren dramatische Augenblicke, als von der Linken hundertstimmig der Ruf: Helfferich! Helfferich! erscholl, als jeder Hinweis auf die intellektuellen Anzeichen des Nordes immer wieder mit diesem brühendem Aufgehebe begleitet wurde. Und alles Bulgebrüll der Deutschnationalen ob dieser Brandmarkung wird nicht verhindern, daß die öffentliche Meinung dieses Verdict des Reichstags als gerecht empfindet. Es ist schade, daß man diese Reichstagsagung nicht im Film aufnehmen konnte, daß man die Reden nicht illustrieren kann mit Aufnahmen, die das Verhalten der deutschnationalen Vertreter während dieses Strafgerichts zeigen. Diese hochhöhnische Art, mit der sie den schweren Anklagen zu begegnen versuchten, das war das Benehmen erlappter Verbrecher, die sich gegen ihre Richter, die sich gegen den Arm der strafenden Gerechtigkeit mit Unverschämtheit zu wappnen suchten. Wir sind nicht mit allem, was Scheidemann gestern sagte, restlos einverstanden. Aber als er das Wort prägte: daß Helfferich der deutschen Nation erhalten bleiben solle als ein Zeichen dessen, wie tief moralisch eine Partei sinken könne, da gab er dem Urteil aller anständigen Menschen bis weit in die Reihen des Bürgerturns hinein Ausdruck. Und der kreischende Schrei der Gezüchtigten nach dem Ordnungsruf des Präsidenten zeigte nur, wie sehr die Strieme brannte, die ihnen dieser Hieb ins Antlitz gezeichnet hatte.

Die Reden des Genossen Dittmann und Scheidemann haben die Heuchelei der Deutschnationalen mit beweiskräftigen Zitaten aus der deutschnationalen Presse entlarvt. Bis in die neueste Zeit, bis an den Vorabend dieser Reichstagsagung haben ihre Organe immer wieder bei der Besprechung des Erzbergermordes ihre wahre Gesinnung verraten. Die Kreuzzeitung hat die Untat der feigen Meuchelmörder erst in dieser Woche mit der Teils-Tat in eine Parabelle zu stellen gewagt. Wenn der Klippschneider Hergt jetzt so tut, als wenn seine Partei mit den Deutschnationalen, deren Wortführer Wulle in seiner Fraktion sitzt, nichts zu tun habe, so weiß alle Welt, daß die Deutschnationalen selbst nach dem Erzbergermorde niemals eine Trennungslinie zwischen sich und diesen Leuten gezogen haben. Alle Welt weiß, daß die sogenannte nationalsozialistische Arbeiterpartei in München nur ein Ableger und ein Häuflein der Deutschnationalen ist. Alle Welt weiß, daß die Ehrhardtbrigade und alle andern gleichgesinnten Landsknechtsformationen, die zum Sturze der Republik im geheimen bereitgehalten werden, die Schützlinge, die Geschöpfe der Deutschnationalen sind, und alle Welt wird mit Empörung den heuchlerischen Kunststück des deutschnationalen Redners abweisen, seine Partei reinzuwaschen durch die lächerliche Erklärung, daß keiner der verhafteten Ehrhardtleute und keiner der Mörder Mitglied der deutschnationalen Partei gewesen sei. Als ob nicht alle Welt wüßte, daß die Mitglieder der deutschnationalen Partei nur einen geringen Bruchteil ihrer Anhänger umfassen, und als ob die Zugehörigkeit zu einer dieser Landsknechtsformationen nicht ohne weiteres genüge, um die politische Richtung, die deutschnationale Gesinnung dieser Leute unzweifelhaft festzustellen.

Dies Strafgericht war vernichtend; es war eine moralische Hinrichtung.

1921 10 119